



verbraucherzentrale
Bundesverband

TRANSPARENZ UND PATIENTENORIENTIERUNG

8. NATIONALES SCHMERZFORUM

17. November 2023

AKTUELLES GESCHEHEN UND ENTWICKLUNGSTRENDS

WAS PASSIERT GEGENWÄRTIG?

- ❖ 15. SGB-V-Änderungsgesetz – Stiftung Unabhängige Patientenberatung Deutschland (*beschl.*)
- ❖ Gesetz zur Förderung der Qualität der stationären Versorgung durch Transparenz (Krankenhaustransparenzgesetz) (*vom BT beschl.*)
- ❖ Digitalgesetz (DigiG) (*GE*)
- ❖ Gesundheitsdatennutzungsgesetz (GDNG) (*GE*)
- ❖ Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (*GVSG, Arbeitsentwurf*)
- ❖ Gesetz zur Regelung der Nachfolge der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (*Arbeitsentwurf*)
- ❖ Bürokratieentlastungsgesetz (*Eckpunkte*)
- ❖ Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) (*Eckpunkte*)
- ❖ Vorbeugegesetz Herz-Kreislauf-Erkrankungen (*angekündigt*)
- ❖ Patientenrechtegesetz (*angekündigt*)

WELCHE ENTWICKLUNGEN LÖST DIE AKTUELLE GESETZGEBUNG AUS?

UPD-Reform

Die UPD wird als Stiftung neu aufgestellt und verstetigt.

Auswirkungen

- ❖ Erhöhtes Fördervolumen
- ❖ Loslösung von der Wirtschaft
- ❖ Stärkung der regionalen Beratung (voraussichtlich)
- ❖ Finanzielle Abhängigkeit von GKV und PKV und starker Einfluss der Krankenkassen
- ❖ Mächtige Rolle des Staates
- ❖ Patientenorganisationen erhalten zwar mehr Einfluss, aber keine direkten Steuerungskompetenzen
- ❖ Stärkung der Patientenorientierung der neu aufgestellten Beratung ungewiss

WELCHE ENTWICKLUNGEN LÖST DIE AKTUELLE GESETZGEBUNG AUS?

Digitalgesetze (DigiG, GDNG)

Einführung einer Opt-out-ePA mit strukturierten Daten, Datenverarbeitung und Versicherteninformationen durch Krankenkassen, Ausweitung von Videosprechstunden, Datenfreigabe für Forschung und Entwicklung

Auswirkungen

- ❖ Vermischung von Rollen der Kostenträger und Versorgungssteuerung erhöht Missbrauchspotenzial
- ❖ Hinreichende und neutrale Information und Aufklärung über mögliche Folgen der Datenfreigabe, einer Nutzung der ePA und der Krankenkasseninformationen derzeit nicht sichergestellt
- ❖ Schwammige Definition der erlaubten Nutzungszwecke und des Gemeinwohls birgt Gefahr für Freigabe der Daten auch für minderwertige Untersuchungen und primär kommerzielle Interessen
- ❖ Keine wissenschaftliche Begleitung
- ❖ Großes Potenzial zur Verbesserung der Datenlage für Leistungserbringer wie für Forschende und der besseren und sichereren Patientenversorgung sowie der Transparenz und Gesundheitskompetenz. „Mitnahme“ und Wahrung des Selbstbestimmungsrechts auch der nicht technikversierten Personen bleibt eine Herausforderung.

WELCHE ENTWICKLUNGEN LÖST DIE AKTUELLE GESETZGEBUNG AUS?

Krankenhaustransparenzgesetz

Ausgewählte Daten werden in einem Transparenzverzeichnis im Internet (BMG) veröffentlicht

Auswirkungen

- ❖ Der Flickenteppich unterschiedlichster Vergleichsportale mit wenig Aussagekraft und überbordenden, irrelevanten Informationen wird abgelöst/ergänzt.
- ❖ (Eingeschränkte) Darstellung der Behandlungsergebnisse (Outcome)
 - Zertifizierungen der medizinischen Fachgesellschaften; evtl. Patientenbefragungen (PEQ)
 - Ohne Einbindung von Indikatoren aus einer Qualitätssicherung mit Routinedaten (QSR)
 - Zu starke Betonung des Online-Angebots, aber Schnittstelle für Vernetzung mit ePA und PVS
- ❖ Staatliches Vergleichsportal mit engem rechtlichem Korsett für wertende Vergleiche
- ❖ Potenzial (Weiterentwicklungsperspektive) für die Patient:innen, besser zu erkennen, wie gut/erfolgreich die jeweiligen Krankenhausbehandlungen bei ihrem konkreten gesundheitlichen Problem sind

ZWISCHENFAZIT

Licht und Schatten

WOVON ES MEHR BRAUCHT

WOVON ES MEHR BRAUCHT

- ❖ Schutz von Verbraucher- und Patientengruppen vor Benachteiligungen und besseren und bedarfsgerechten Zugang zur Versorgung
- ❖ Einfachere, transparentere Strukturen und Prozesse statt (alleiniger) Förderung der individuellen Gesundheitskompetenz
- ❖ Mehr Transparenz über Qualität der Versorgungs- und Versicherungsangebote
- ❖ Konsequente Orientierung an der Evidenzbasierten Medizin. Schutz vor Überversorgung (u.a. IGeL). Umfassende, verständliche Aufklärung über Nutzen und Risiken von Gesundheitsangeboten
- ❖ Vom Preis- zum Qualitätswettbewerb der Krankenkassen. Ende der Mittelschichtorientierung.
- ❖ Verbraucherfreundlichere Regelungen besonders in der ambulanten Pflege
- ❖ Stärkung der Patientenrechte. Stärkung der Patientenvertretung (GKV) und Betroffenenvertretung (SPV).
- ❖ Sichere und faire Finanzierung von Gesundheit und Pflege statt Politik nach Kassenlage
- ❖ Mehr Prävention, Gesundheitsförderung und Health in all Policies (HiaP)
- ❖ Mehr Politikfolgenforschung

Kontakt

Thomas Moormann
Leiter Gesundheit und Pflege
Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.

<https://www.vzbv.de/experten/gesundheitspflege>

thomas.moormann@vzbv.de

[@thomasmoomann.bsky.social](#)